

Selbstverwaltet arbeiten & leben : zur Lage der Selbstverwaltung in der Schweiz : ein Bericht und Thesen zur Debatte

Autor(en): **Baumann, Armin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **6 (1986)**

Heft 11

PDF erstellt am: **11.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651775>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Diskussion

Armin Baumann

Selbstverwaltet arbeiten & leben.

Zur Lage der Selbstverwaltung in der Schweiz. Ein Bericht und Thesen zur Debatte

Vom 14. - 16. März trafen sich im Kreuz Nidau – eine selbstverwaltete Beiz – bei Biel etwa 80 Frauen und Männer aus der Selbstverwalterszene, darunter auch Presseleute, ehemalige Selbstverwalter sowie einige wenige 'Nichtkollektivler', um wichtige hängige Probleme der Selbstverwaltung zu diskutieren. Kurzvorträge von Insidern wurden dabei kombiniert mit Vorträgen von eher Aussenstehenden, so Beat Kappeler vom schweizerischen Gewerkschaftsbund und Walter Hollstein als soziologischer Kenner sozialer und politischer Bewegungen. Dazwischen blieb Zeit für ausgiebige Gruppendiskussionen und informelle Kontakte. Zusätzliche Anregungen brachte eine Sondernummer des Netzwerkinfos, in der eine Vielzahl von Kollektiven zu einem Stichwortkatalog des Netzwerkbüros Stellung nahm (Info Nr. 21, März 1986).

Ich möchte im folgenden versuchen, die Diskussionstendenzen im Rahmen eines Berichts unter 4 thesenartig formulierten Perspektiven zusammenzufassen:

1. These: Selbstverwaltete Kollektive leben von der Spannung zwischen Individuum und Gruppe. Längerfristig werden nur jene Kollektive eine Chance haben, basisdemokratische Ideale im Sinne einer ganzheitlichen Lebensalternative zu verwirklichen, die es schaffen, ein dialektisches oder – moderner ausgedrückt - ein homöostatisches Gleichgewicht zwischen Individuum und Gruppe aufzubauen bzw. zu stabilisieren. Alle anderen werden entweder das Schicksal von Konsumgenossenschaften (wo sich das Pegel zugunsten einer starr werdenden Betriebsstruktur verschoben hat) oder einer Redimensionierung zur Erwerbsform des kleinen Selbständigen bzw. des einfachen Warenproduzenten erfahren.

Die Thematisierung dieses Spannungsfelds ist nicht neu, aber aktuell, ja in einem gewissen Sinne auch universell. Erwähnt sei – auf der politischen Ebene zwischen Individuum und Gesellschaft – der Streit in den Demokratietheorien, in denen um einen Ausgleich zwischen den politischen Extremen des Absolutismus bzw. seinen faschistisch-diktatorischen Spielarten, und des Anarchismus als Inbegriff einer chaotischen, herrschaftslosen Gesellschaftsstruktur gerungen wird – bis heute angesichts der 'neofeudalen' Tendenzen mit recht jämmerlichen Ergebnissen. Auf einer interindividuellen oder eben der Ebene zwischen Individuum und Gruppe spielt das Geschlechterverhältnis zwischen Mann und Frau, konzeptualisiert etwa als matriachale versus

patriarchale Organisationsformen, eine zentrale Rolle. Eine Hauptthese feministischer Kritik ist es, dass Frauen (fatalerweise in einem gewissen Sinne auch Männer) in ihren Entwicklungspotentialen beschnitten und zur Selbstaussbeutung und Selbstentfremdung im Dienste des patriarchalen Systems gezwungen werden.

Eine bemerkenswerte Variante des Spannungsfelds zwischen Individuum und Gruppe liefert Bookchin (1981), indem er den Begriff der 'Selbstverwaltung' einer begriffsgeschichtlichen Analyse unterzieht, aus der eine analoge Dualität zwischen den sich widersprechenden Polen 'Selbst' = individuelle Autonomie im Sinne von Selbstbestimmung und Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung, und der 'Verwaltung' (frz. *gestion* = Leitung, Führung, im Gegensatz zum eher bürokratischen Beiklang im Deutschen) hervorgeht. Bookchin geht davon aus, dass sich die Gewichtung hauptsächlich auf den Bereich der 'Verwaltung' verschoben hat, und führt diese Vereinseitigung v.a. auf die Dominanz einer rationalisierten und durchorganisierten Technik auf Kosten gemeinschaftsstiftender und geistanregender Momente der Arbeit zurück.

Nun war es natürlich interessant festzustellen, wie verschiedene Exponenten und Kollektive an der Selbstverwaltungstagung mit diesem Spannungsfeld umgingen.

Hanspeter Vieli von der Ropress plädierte in seinem Vortrag für eine stärkere Formalisierung der Betriebsstrukturen und Hierarchien, die in ihrer Ausgestaltung von der Kollektivgröße abhängig sind. Die *Betriebsversammlung* als Koordinationsinstrument und Integrationsmedium von individuellen Interessen und den Funktionserfordernissen des Betriebs hat in seinen Augen versagt. Seiner Ansicht nach bilden sich 'informelle Hierarchien', unterschwellige Koalitionen, welche sachbezogene Diskussionen blockieren. Alltagsprobleme, man könnte auch sagen: subjektive Problemlagen, verdrängen die Betriebsaktualitäten. Die Mitarbeiter brauchen eine Stütze in der Beurteilung der eigenen Fähigkeiten in Form einer *Personalführung*, einer *Betriebskoordination*, einer *technischen Planung*. Allgemein: Vieli fordert *Zwischeninstanzen*, welche die Spannungssituationen zwischen Individuum und Gesamtkollektiv ausbalancieren.

Programmatisch verstanden sind die Strukturvorschläge von Vieli Versuche, ideelle Selbstverwaltungskonzepte gegenüber den Realitätserfordernissen der kapitalistisch produzierenden Gesellschaft zu behaupten, d.h. ein Gleichgewicht zwischen Produzentensouveränität und Markterfordernissen aufrechtzuerhalten, wenn sich auch die Gewichtung zulasten der Freiheitsspielräume der Produzenten verschoben hat. Problematisch werden diese Formalisierungstendenzen da, wo basisdemokratische Instrumente wie die Betriebsversammlung aus 'strukturimmanenten' Gründen verworfen werden, und nicht aus situativen Erwägungen (Zeitknappheit der Mitglieder, Desinteresse, sich mit 'betriebsfremden' persönlichen Schwierigkeiten zu beschäftigen, Bedenken gegen uferlose Diskussionen etc.), die sich klar auf die momentane Gruppenkonstellation beziehen, zeitlichen und räumlichen Bedingungen unterliegen und damit prinzipiell veränderbar bleiben.

Selbstverständlich ist, dass in einem Gleichgewichtskonzept auch die klassische Form der Lohnarbeit Platz haben muss: Sie stellt eine Interessenkonvergenz zwischen qualifizierter Arbeitsnachfrage kollektiver Betriebe und einer Arbeitsform ohne Einschluss von Geschäftsführungsverantwortung dar, eine Konstellation, die für 'Arbeitnehmer' dann besonders interessant ist, wenn sie durch andere gesellschaftliche Aufgaben (Bsp. Familie, Weiterbildung) absorbiert sind oder anderweitige Negativerfahrungen (z.B. in Kollektiven) verarbeiten müssen. Kritisch wird diese Form des Arbeitsvertrags erst dann, wenn sie einen zu bestimmenden Verallgemeinerungsgrad übersteigt, akzentuiert etwa in der Formulierung: Eine kleine kollektive Gründerclique lässt eine Armada von Angestellten für sich arbeiten.

Ziemlich drastisch führt Barbara Friedli in ihrem Beitrag über "Entscheidungsfindung in der Selbstverwaltung" die antagonistische Spannung zwischen Individuum und Gruppe als Diskrepanz zwischen Selbstverwaltungsidealen und der "harten" Wirklichkeit vor.

Das Ideal: Jeder muss sich selbst einbringen können, mitdenken, mitverändern, ohne sich selbst zu verleugnen; aber auch die Fähigkeit, auf Bedürfnisse der andern einzugehen, sind wichtig. Verantwortung soll übernommen, und gleichzeitig aber auch geteilt werden können.

Die Wirklichkeit: Es gibt zwar verschiedene praktizierbare Abstufungen zwischen einer Selbsterfahrungsgruppe und einem effizient geführten Betrieb; Barbara's Erfahrung ist es jedoch, dass Kollektive schnell hoffnungslos überfordert sind, wenn sie soziale Aufgaben (z.B. sozial Benachteiligte) zu integrieren versuchten.

Ihr Lösungskonzept besteht in einer *Homogenisierung* der Kollektivmitglieder über ein sehr *strenges Aufnahmeverfahren*: Die "knallharte" Realität für ein neues Gruppenmitglied stellt sich dann folgendermassen dar: Der Neuling muss grundsätzlich mit dem bestehenden Gruppenkonsens einverstanden sein. Freiheit und Selbstverwirklichung bleiben vorerst ziemlich auf der Strecke, Anpassung an die herrschenden Gruppennormen ist Trumpf.

Barbara macht dank eines stark überzeichneten Bildes die Priorität der Gruppennormen und Betriebserfordernisse vor individuellen Geborgenheitsbedürfnissen und Entfaltungsmöglichkeiten deutlich, zumindest für die Neutretenden. Für die integrierten Mitglieder sind die Betriebsnormen (Stabilität, Erfüllung der Leistungsnormen) für ihr eigenes Wohlbefinden funktional, der Laden läuft, die Qualitätsstandards sind hoch, die Arbeitsnormen veredeln letztlich den Geldbeutel. Die Frage ist nur, ob da nicht irgendwo *Menschlichkeit* auf der Strecke bleibt, ob sich hier nicht ein neuer Unterdrückungsmodus installiert: Bestandene Kollektivmitglieder machen Neueintretende mithilfe 'totalitärer' Gruppennormen zur Sau – im Namen des allmächtigen Kollektivs!

Barbara's Gruppenerfahrung bewegt sich in einem Teufelskreis: Wenn man/frau sich selber nicht respektiert fühlt, kann auch anderen kein Verständnis und kein Respekt entgegengebracht werden. Folge ist ein permanentes Wechselbad von Frust, Enttäuschung, Schmerz sowie eine – scheinbar überlebensnotwendige – emotionale Distanzierung, die wiederum echte, krea-

tive Konsensentscheide verhindert. Dominant sind Strategien der Gruppenmanipulation, Barbara spricht sogar von "emotionalem Gruppenterror". Kein Wunder, dass da ein unheimlich starker Selbstverwaltungstyp her muss, eine Persönlichkeit, die sich nicht so schnell bedroht fühlt und trotz der Ängste für den andern offen bleiben kann. Wo aber ist der Selbstverwaltungsmensch mit einem derart gepanzerten Charakter, stählern und doch durchlässig zugleich? Ich vermute, dass dieser Homo collectivus noch nicht erfunden worden ist und vielleicht auch gar nicht wünschenswert wäre.

Ganz ähnlich tönt es auch in einem Beitrag von Bea und Rolf, beide vom Rössli Stäfa (Beiz und Kulturzentrum). Beklagt wird einerseits *Personalmangel* und die Unfähigkeit, sich dem Kollektiv unterzuordnen; andererseits wird 'schamlos' offen das Primat der *Arbeitsmoral* vor persönlichen Beziehungen betont: "In der Regel sind wir beziehungsabhängige Fachidioten, welche mit ihrer ureigenen Persönlichkeit erst in zweiter Linie herausrücken." (Info Nr. 21, S. 27 ff.) An den Sitzungen dominiert Gruppenegoismus, eine gewisse "Gruppenschläfrigkeit" wird nur dann durchbrochen, wenn persönliche Interessen tangiert sind.

Ein weiteres besonderes Merkmal stellt die Stigmatisierung und Tabuisierung der Leistungsnormen dar. Offenbar ist diese Problematik dermassen 'besetzt', dass 'Kritik' nur noch verschlüsselt, als solche vermutlich kaum mehr erkennbar, vermittelt wird. Es würde mich wundern, wenn fehlende Feedbacks, seien sie nun kritisch und/oder unterstützend, nicht zu Lustlosigkeit, Abstumpfung und eben zu erhöhter Leistungsbereitschaft führen würden, denn nur diese wird sozial positiv bewertet. Kein Wunder, wenn zu diesen stillschweigenden Tabuisierungen die Forderung in Kontrast steht, ehrlicher zueinander zu sein, um u.a. dem Sündenbocksyndrom vorzubeugen.

In diesem Betriebskonzept scheinen mir tatsächlich untergründige Machtmechanismen zu stecken, denen ein bisschen mehr Transparenz nur guttun würde. Gewisse Kollektive schaffen es jedoch auch, das Instrument der Supervision mit Abwehrhaltungen, 'Scheinemotionalität', Störmanövern etc. lächerlich zu machen, um anschliessend 'beweisen' zu können, dass auch die Autorität des Supervisors der Gruppenmaxime nicht gewachsen ist. Ein Pyrrhussieg, wie mir scheint, denn die Gruppenprobleme bleiben erhalten.

In einem sehr weitgehenden Kontrast zur vorhergehenden Position stehen die Ausführungen von Chris Helbing und Johannes Gamers von der LPG Villeret, besonders was den Umgang mit Neueintretenden betrifft. Einerseits wird den Neueintretenden zugestanden, sich eine je nach Motivation, Engagement und Fähigkeiten entsprechende Position in der Gruppe zu suchen, andererseits wird an die Gesamtgruppe von 25 Leuten klar die Forderung gestellt, den Neueintretenden gegenüber die notwendige Geduld und Nachsicht — auch unter hoher eigener Arbeitsbelastung — aufzubringen. Hilfreich ist dabei die Fähigkeit, sich in die Situation des Neulings zu versetzen, um ein 'vergiftetes' Arbeitsklima zu vermeiden. Bei Gamers steht die Gruppe auf dem Prüfstand; sein Problem ist, wie weit die LPG an seine Vorstellungen einer idealen Gruppe heranreicht. Sie müsste dem Einzelnen die Möglichkeit zur besseren Entfaltung seiner individuellen Fähigkeiten und Eigenschaften

ten bieten und ihm auch einen Rahmen bieten, in dem er sich geborgen und emotional versorgt findet.

An die Gruppenstrukturen und -funktionen werden also klare Forderungen und Erwartungen geknüpft, die Lebensqualität des Einzelnen hat einen hohen Stellenwert. Das Pendel schwingt deutlich in einen Gleichgewichtsbereich: sowohl die Gruppe als Kollektiv wie auch die einzelnen Mitglieder haben einen hohen Aufmerksamkeitspegel. Es besteht eine ausgeprägte Sensibilität für 'Entgleisungen'. So stellt Gamers fest: Gruppen haben die Tendenz, das Individuum zu absorbieren, Strukturen und Riten zu schaffen, in denen der Einzelne sich einfügen muss. Er sieht einen Gruppendruck, der zu einer *Harmonisierung* führt, die fälschlicherweise mit Stabilität gleichgesetzt wird. Konflikte werden deshalb oft lieber verschleppt als ausgetragen.

Etwas 'entgleist' in seiner Stossrichtung scheint mir auch Walter Hollstein, wenn er *Entpolitisierungstendenzen* innerhalb der Selbstverwaltungsbewegung kritisiert: Selbstverwalter würden in ihrer Alltagspraxis zu sehr ihre Person und ihre Befindlichkeit kultivieren, während doch allein politische Aktionen auf einer kollektiven Ebene die Strukturbedingungen der Selbstverwalter verbessern würden. Was hier stört, ist weniger die kollektive Artikulation eines politischen Willens, sondern vielmehr das Ignorieren der *Voraussetzungen* politischer und kollektiver Aktionsfähigkeit, nämlich einer spannungsfreien, in sich ruhenden, wahrnehmungsfähigen Persönlichkeit. Selbstverwaltern, die dauernd unter einem Kollektivstress stehen, die Notwendigkeit individueller Abgrenzung und Selbstreflexion vorzuenthalten, ist beinahe absurd. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier ein Alt-68er versucht, die Selbstverwalter zu einem Stosstrupp einer neuen Avantgardenkultur aufzubauen, die den monopolistischen Kapitalstrukturen und der damit herrschenden politischen Kultur stellvertretend die Stirn bieten soll. Es wäre kontraproduktiv, wenn sich die Selbstverwalter in einer 'falschen' Politisierung ihrer ureigenen Substanz berauben würden.

2. These: Eine ausgeglichene Balance zwischen Individuen und Gruppen ist desto leichter erreichbar und zu stabilisieren, je ausgeprägter ein integraler Zusammenhang zwischen Leben (Wohnen) und Arbeiten besteht.

Die Trennung zwischen Lebens- und Arbeitssphäre fördert Möglichkeiten, sich hinter einer Fassade nüchterner Rationalität versteckt zu halten, verhindert so Austauschprozesse wie z.B. das Sich-gegenseitig-Öffnen und Verstehen untereinander als Voraussetzung kreativer Problemlösungen.

Nun ist der genannte Leitsatz natürlich nicht zum Nennwert zu nehmen. Er bezieht sich nämlich lediglich auf ein gesellschaftliches Organisationsprinzip, das wiederum abhängig ist von verschiedenen personalen, ökonomischen, sozialen und anderen Faktoren. Der Leitsatz ist demnach eher als Tendenz, als eine notwendige Voraussetzung unter anderen zu verstehen.

Lebensgemeinschaften verkörpern am weitgehendsten das ökologisch-anthroposophische Moment der *Ganzheitlichkeit*. Diese stellt sich damit in einen deutlichen Gegensatz zur aufklärerischen *Gewaltentrennung*, wie sie

Beat Kappeler in seinem Referat über Macht- und Entscheidungsformen in der Selbstverwaltung als bürgerliches Ideal und notwendigen historischen Entwicklungsfortschritt zu verteidigen versucht. Er vergisst dabei, dass das Konzept der Gewaltentrennung lediglich als historische Reaktion auf absolutistische Herrschaftssysteme unter dem Aspekt der Entflechtungsmassnahmen sinnvoll waren. Mittelalterlich-dörfliche Organisationsstrukturen oder Stammesgesellschaften kamen mit einem Minimum an funktionalen Rollenträgern aus. Weiter vergisst Kappeler, dass gerade unter demokratischer Flagge segelnde hegemoniale Machteliten (verwandtschaftliche interessen geleitete Verbindungen zwischen den Bereichen Politik-Militär-Klerus-Justiz etc.) faktische Gewaltmonopole zu schaffen vermochten, denen populistische Organisationsformen (u.a. auch die Gewerkschaften) wenig entgegenzusetzen hatten. Die Begründung ist einfach: Die Koordinationskosten kleiner Machteliten sind ungleich geringer als diejenigen für Konsensprozesse von Massenbewegungen. Diese Konstellation ungleicher Spiesse versuchen Lebens- und Produktionsgemeinschaften mit ihren ganzheitlichen Strukturformen zu durchbrechen.

Gemeinsam leben und zusammen arbeiten erschwert die Etablierung verfestigter sozialer Positionen, welche wiederum Machtstrategien erleichtern. Eine davon besteht darin, sich nur auf formale, rollenadäquate Austauschformen einzulassen. Es ist für Mann und Frau nicht mehr so einfach, sich etwas vorzuspielen. Zu beachten sind andererseits aber auch Tendenzen totaler Institutionen und Gruppen (vgl. E. Goffmann, 1972), dann nämlich, wenn den Mitgliedern individuelle Rückzugsbereiche vorenthalten werden (Vgl. z.B. die Yamagishi, eine japanische Produktionskommune, tendenziell auch der Friedrichshof in Österreich – auf der Ebene der Beziehungsformen und der psychischen Integrität – oder Longo Mai – auf der politischen Ebene und derjenigen der persönlichen Integrität.)

3. These: Die Selbstverwaltungsbewegung ist vorwiegend auf den Dienstleistungssektor konzentriert. Eine alternative Ökonomie ist aber nur dann lebensfähig, wenn sie umfassende Waren- und Produktionskreisläufe in Form regionaler Vernetzungen zu etablieren vermag.

Gemäss einer Adressliste des Netzwerks gibt es in der Schweiz etwa 300 selbstverwaltete Betriebe. Diese Zahl ist ein Schätzwert mit der stillschweigenden Annahme, dass sich verschiedene 'Karteileichen' mit nichterfassten oder neugegründeten Kollektiven etwa die Waage halten. Betriebsgrössen (herumgereicht werden Zahlen zwischen 2500 Arbeitsplätze (NZZ, 2.4.86) und 3000 (Willy Bär in der neuen Weltwoche-Manager-Zeitschrift 'Leader' Heft 1/86 S. 60)) und Entwicklungstendenzen lasse ich hier mal beiseite.

Im Vergleich mit der gesamtschweizerischen Zahl von ca. 400'000 Betrieben machen die 300 selbstverwalteten Betriebe nicht mal 0,1 % der Gesamtzahl aus, ein statistisches Nichts also. Aber gehen wir weiter, unsere 'Kapitalanlagen' sind ja Hoffnungen auf ein langfristiges Umdenken.

Ein Vergleich der Wirtschaftssektoren zwischen dem traditionellen und dem selbstverwalteten Bereich zeigt eine ziemlich verzerrte Verteilungsstruktur der selbstverwalteten Betriebe.

Tabelle 1: Betriebszählung 1975, nach Produktionssektoren

Produktionssektoren	Traditionelle Betriebe		Selbstverwaltete Betriebe	
	absolut	%	absolut	%
1. Primärsektor: (Landwirtschaft, ohne Forstwirtschaft, Gartenbau, Fischerei)	133 126	33,2 %	6	1,9 %
2. Sekundärsektor: (Industrie, Gewerbe, Handwerk)	62 738	15,7 %	29	9,3 %
3. Tertiärsektor (Dienstleistungen)	204 959	51,1 %	233	74,7 %
unbekannt/anderes			44	14,1 %
Total	400 823	100 %	312	100 %

(Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1985, S. 146f. und 180.)

Mit 74,7 % wird der traditionelle Dienstleistungsbereich, der ja selber schon aufgebläht ist (vgl. den verheerenden Prozess der internationalen Arbeitsteilung in der Dritten Welt), um rund 24 % übertroffen.

Wie ist dieser überproportionelle Anteil zustande gekommen? Ich möchte drei Erklärungsmomente anführen. Erstens handelt es sich um ein bewegungspolitisches Moment. Selbstverwaltete Betriebe sind Kinder der 68er Bewegung, der es in einer ersten Phase um eine materielle Absicherung der Bewusstseinsarbeit ging (vgl. Baumann 1986), was sich branchenmässig in Druckereien, Zeitschriften, Beizen etc. niederschlug (vgl. unten). Zweitens rekrutierte sich die 68er Bewegung schichtmässig mehrheitlich aus dem Mittelstand, ihre beruflichen Qualifikationen waren am besten mit dem sozial und kognitiv hochkomplexen Dienstleistungsbereich vereinbar. Drittens ist der Dienstleistungsbereich meist wenig kapitalintensiv.

Hinzu kommt, dass auch innerhalb des Dienstleistungsbereichs qualitative Lücken bestehen, nämlich gerade in den kapitalintensiveren Bereichen der höheren Dienstleistungen wie Grosshandel (siehe Nica-Bananen), Bankwe-

sen, Sozialversicherungen, Forschung, Betriebsberatung etc. Diese Sichtweise zeigt, dass neben ideologischen Barrieren ('Wir wollen mit Geld nichts zu tun haben, die soziale Sicherheit sind wir selbst') mindestens auch finanzielle und organisatorische Defizite mit ins Blickfeld geraten. Offenbar übersteigen diese Leistungen die Kapazitäten der bestehenden Selbstverwaltungsstrukturen. Ausnahme: die Etablierung der Pensionskassen, die gegen die interne Opposition eines heute noch bestehenden radikal-politischen Flügels eingerichtet wurde. (Vgl. dazu die Diaschau 'Der Pensionskassenbetrug' von Mark Haldimann und Uwe Zahn, die mit inhaltlich richtigen Argumenten operieren, sich aber völlig auf diese versteifen und den strukturdynamischen Aspekt der selbstverwalteten Pensionskassen als Baustein ethisch vertretbarer Geldkreisläufe gar nicht mehr wahrnehmen können.)

Der überproportionale Anteil des Dienstleistungssektors kontrastiert mit der 'Beinahevernachlässigung' des Primärsektors. Abgesehen von möglichen methodischen Verzerrungen bei der Adressaufnahme – Bauern sind traditionell aus Gründen der topographisch breit gestreuten Betriebe und den spezifischen Arbeitsrhythmen schlecht organisierbar, landwirtschaftliche Kollektive sind zudem infolge hoher Eigentumsschwellen oft wenig beständig –, scheinen auch systematische ideologische Verzerrungen eine Rolle zu spielen. Wir sind offensichtlich immer noch geprägt von Vorstellungen der bürgerlichen Revolution, nämlich dem Kampf gegen das agro-pastorale Herrschaftssystem eines strukturkonservativen Bauerntums und Feudaladels (Vgl. Baumann 1985). Aber glücklicherweise hat nun mit dem Aufkommen der Ökologiebewegung die ideologische Vereinnahmung der Natur durch rechtskonservative Kreise ein Ende gefunden.

Eine marktpolitische Verzerrung durch lediglich quantitativ – mit vordergründig preissenkender Intention – ausgerichtete Regelmechanismen des 'freien' Marktes ergibt sich durch die meist qualitativ hochstehenden Produkte der Selbstverwalter (biologische Nahrungsmittel, handwerkliche Fertigung mit arbeitsintensiven Methoden), die durch Preisbindungsmechanismen oder durch mangelndes Bewusstsein der Käufer auf die Ertragslage drücken. Der Vorwurf der 'Selbstaubeutung' von denjenigen geäußert, die strukturell von den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen durch ungleichen Tausch im Weltmasstab profitieren (bsp. Gewerkschafter), bekommt hier einen höhnischen Zug.

In einer weiteren Tabelle habe ich jene Branchen aufzulisten versucht, in denen die Selbstverwaltungsbewegung stark, meist sogar übervertreten ist. Bereits angesprochen wurden die gutabgedeckten Bereiche der traditionellen 68er Linken (Graphisches Gewerbe, Gastgewerbe, Bildung, Beratung, Kultur, Medien); nicht zu übersehen sind jedoch neuere Einflüsse der Ökologiebewegung (Bio-Lädeli, Nahrungsmittel) sowie der Frauenbewegung (Gesundheitszentren, Frauenzentren, Medien, Kultur). Am Rande werden auch Tendenzen der 80er Jugendbewegung sichtbar (Plattenläden, Video, Reparaturservice, Brockenhäuser).

Tabelle 2: Von der Selbstverwaltung abgedeckte Branchenbereiche, verglichen mit traditionellen Branchenanteilen.

Branchen	trad. Wirtschaft (1975)		Selbstverwaltung	
	absolut	%	absolut	%
1. Sektor: Landwirtschaft	133126		6	
			33,2 %	1,9 %
2. Sektor: Baugewerbe	18055	4,5 %	2	0,6 %
Nahrungsmittel	12143	3,0 %	5	1,6 %
Holz-/Möbelind.	17915	4,5 %	9	2,9 %
Graph. Gew.	3500	0,9 %	13	4,2 %
anderes	11125	2,8 %		
Gesamt	62 738		29	9,3 %
15,7 %				
3. Sektor: Detail/Einzelhandel	49905	12,5 %	83	26,6 %
Reise/Transport	11924	3,0 %	4	1,2 %
Gastgewerbe	26663	6,7 %	53	17,0 %
Bildungswesen	13205	3,3 %	14	4,2 %
Forschung, Beratung (Recht, Öko, Architektur, Frauen)	18324	4,6 %	23	7,4 %
Kultur, Unterhaltung (Film, Video, Theater)	4619	1,2 %	13	4,2 %
Gesundheitsw.	11640	2,9 %	19	6,1 %
Nachrichtenübermittlung	4179	1,0 %	25	8,0 %
anderes	64500	16,1 %		
Gesamt	204959		233	74,7 %
51,3 %				
anderes/unbekannt			44	14,1 %
Total	400823		312	100 %
100 %				

4. These: Neben den internen Strukturdefiziten hat die Selbstverwaltungsbewegung auch das Fehlen externer politischer Bündnisstrukturen zu verkraften.

Anders als etwa in der BRD fehlen bei uns organisatorische Strukturen auf verschiedenen politischen Ebenen, welche die Selbstverwaltung inhaltlich

- zu thematisieren und praktisch zu unterstützen fähig sind. Beispiele sind:
- *Grüne Parteien:* Das Grundsatzpapier der SP über Selbstverwaltung (vgl. Widerspruch 2/81) sowie die kantonale SP-Initiative 'Arbeit für alle' waren erste Lippenbekenntnisse, mehr nicht. Die soeben gegründete Grüne Partei der Schweiz scheint mir pragmatisch ausgerichtet, Fundamentalkritik und neue Gesellschaftsentwürfe lassen auf sich warten.
 - *Kirche:* In West-Berlin war die Gründung einer alternativen Bürgerschaftsbank nur mithilfe eines kräftigen Kapitalzustupfs der evangelischen Kirche möglich.
 - *Politische Exekutive:* In der BRD, in Österreich etc. bestehen weitgehende staatliche Förderinstrumente für Betriebsneugründungen sowie Investitionsbeihilfen (vgl. Baumann 1986).
 - *Wissenschaftsbereich:* Es gibt wohl einige Einzelkämpfer (Arnold Künzli, Theo Ginsburg) sowie die abgesprungenen bzw. kaltgestellten Universitätsdozenten Max Thürkauf und Pierre Fornallaz, aber kaum universitäre Fachbereiche, die entsprechende Forschungsschwerpunkte institutionalisiert haben.
 - *Familiärer Bereich:* 'Wir arbeiten (und leben?) selbstverwaltet' heisst es ganz schüchtern im Stichwortkatalog zur Vorbereitung der Selbstverwaltungstagung in Nidau. Die Verschränkung von Produktions- und Reproduktionsbereich scheint sich noch in den Anfängen zu bewegen. Lebensgemeinschaften, günstige Sozialleistungen, bessere Integration der Frauen, hoher Anteil der Gründungskapitalien aus familiären/verwandtschaftlichen Quellen sind jedoch Indizien, dass an diesen Fragen intensiv gearbeitet wird.
 - *Gewerkschaften:* Beat Kappeler beispielsweise stehe der Selbstverwaltungsbewegung wohlwollend gegenüber, hiess es in verschiedenen Kommentaren zur Tagung. Ich befürchte, dass diese Einschätzung in diesem Fall richtig ist. Konkrete Hilfe wird von den Gewerkschaften dennoch nicht zu erwarten sein. Vielmehr scheinen die Arbeitnehmerorganisationen voll mit der Abwehr von schleichenden Lohnabbautendenzen beschäftigt zu sein.
 - *Verbände:* Verbände spielen in der konkordanzdemokratischen Schweiz eine grössere Rolle als in andern Ländern. Ich vermute, dass die Selbstverwalter am ehesten von dieser Seite mit aktiver Unterstützung rechnen können.

LITERATUR

- Bär, Willy, 1986: Selbstverwalter machen Kassensturz. In: Leader 1/86.
- Baumann, Armin, 1985: Die Proporzinitiative der jungen CVP im Wallis. In: H.P. Kriesi (Hrsg): Bewegung in der Schweizer Politik, Campus-Verlag, Frankfurt/M.
- Baumann, Armin, 1986: Alternative Finanzierungskonzepte. In: Zeitsdienst Nr. 4, 5, 7 und 9/1986, Zürich.
- Netzwerk-Info Nr. 22/Juli 86: Materialien zum SelbstverwalterInnenreffen in Nidau 1986.
- Widerspruch Heft 2/81: Autonomie und Selbstverwaltung, Zürich. Vgl. auch H.G. Nutzinger: Ökonomische Probleme der Selbstverwaltung. In: Widerspruch 4/82, Zürich.